

# Ein Wort voraus

## Zum Versorgungsausgleich

Am 1. 7. 1977 wurde in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ersten Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts – kurz 1. EheRG genannt – das Rechtsinstitut des Versorgungsausgleichs eingeführt. Die damalige Reform des Eherechts war von dem Leitbild der partnerschaftlichen Ehe geprägt und hat insbesondere das Verschuldensprinzip des davor geltenden Scheidungsrechts durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt. Diesen Zielvorstellungen entsprechend sind damals die Scheidungsfolgen weitgehend neu gestaltet und um den Versorgungsausgleich ergänzt worden. Nach wie vor gibt es neben Deutschland allerdings relativ wenige Länder, die ein dem Versorgungsausgleich entsprechendes bzw. vergleichbares Rechtsinstitut kennen (hierzu gehören z. B. die Niederlande und die Schweiz).

Nach der Grundidee des Versorgungsausgleichs werden die während der Ehe erworbenen Versorgungsrechte als das Ergebnis einer partnerschaftlichen Lebensleistung behandelt und bei einem Scheitern der Ehe auf beide Ehegatten gleichmäßig verteilt, um dem jeweils ausgleichsberechtigten Ehegatten den Auf- bzw. Ausbau einer eigenständigen sozialen Sicherung zu ermöglichen. Der Versorgungsausgleich wird regelmäßig im Zusammenhang mit der Scheidung der Ehe vom Familiengericht durchgeführt. Seit dem 1. 1. 2005 findet auch bei der Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft grundsätzlich ein Versorgungsausgleich statt, wenn die Lebenspartnerschaft nach dem 31. 12. 2004 begründet worden ist. Die in dieser Broschüre enthaltenen Anmerkungen und Erläuterungen gelten daher grundsätzlich ebenfalls für die Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Vom 1. 10. 2017 an können auch Personen gleichen Geschlechts die Ehe schließen. Wesentliche Änderungen beim Versorgungsausgleich ergeben sich hieraus nicht. Bereits bestehende Lebenspartnerschaften können fortgeführt oder in eine Ehe umgewandelt werden; neue Lebenspartnerschaften können ab dem 1. 10. 2017 nicht mehr begründet werden.

Durch das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs (VAstrRefG) vom 3. 4. 2009, das am 8. 4. 2009 im Bundesgesetzblatt verkündet worden ist (BGBl. I S. 700), ist der Versorgungsausgleich grund-

legend umgestaltet worden. Das reformierte Recht ist zum 1.9.2009 in Kraft getreten.

Nach dem bis zum 31. 8. 2009 geltenden Recht wurde eine Gesamtbilanz aller in der Ehezeit erworbenen Anrechte erstellt, soweit sie in den Versorgungsausgleich einzubeziehen waren. Der Ehegatte mit den werthöheren Rentenansprüchen war dem ausgleichsberechtigten Ehegatten gegenüber in Höhe der Hälfte des Wertunterschiedes ausgleichspflichtig. Die Umsetzung der Entscheidung des Familiengerichts erfolgte dann regelmäßig als Einmalausgleich in der gesetzlichen Rentenversicherung, die den durchgeführten Versorgungsausgleich bei einer Rentenzahlung an die ausgleichsberechtigte Person zu berücksichtigen hat.

Das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs brachte demgegenüber eine Reihe von zentralen Neuerungen und Änderungen für den Versorgungsausgleich. Die für den Versorgungsausgleich maßgeblichen Vorschriften befinden sich im Wesentlichen im Versorgungsausgleichsgesetz (Art. 1 des VAStrRefG). Danach wird grundsätzlich jedes Anrecht im jeweiligen Versorgungssystem zwischen den Ehegatten geteilt. Da dies im Regelfall bereits zum Zeitpunkt der Scheidung möglich ist, soll damit der schuldrechtliche Versorgungsausgleich, der eine eigenständige soziale Sicherung der ausgleichsberechtigten Person nicht gewährleisten kann, weiter zurückgedrängt werden. Bei einer kurzen Ehedauer von bis zu drei Jahren findet ein Versorgungsausgleich nicht mehr statt, es sei denn, er wird von einem der Ehegatten beantragt. Wesentliche Grundprinzipien des Versorgungsausgleichs, der sich als Rechtsinstitut in der Vergangenheit bewährt hat und für die Aufteilung der Versorgungsansprüche zwischen den Ehegatten weiterhin unverzichtbar bleibt, gelten weiterhin. Dazu gehört in erster Linie der Halbteilungsgrundsatz, wonach die in der Ehezeit erworbenen Versorgungsansprüche grundsätzlich hälftig zwischen den Ehegatten aufgeteilt werden. Der Versorgungsausgleich wird zudem regelmäßig im Verbund mit der Scheidung durchgeführt.

Auch wenn die gesetzliche Rentenversicherung als einer von vielen Versorgungsträgern im Versorgungsausgleich nicht mehr die zentrale Rolle spielt, wie dies nach dem bis zum 31. 8. 2009 geltenden Recht der Fall gewesen ist, ist sie als eine tragende Säule der Altersversorgung und aufgrund ihres Versicherten- und Rentnerbestandes in der Mehrzahl der Scheidungsfälle am Versorgungsausgleichsverfahren beteiligt.

## **Zum Inhalt dieser Broschüre**

Schwerpunkt der Broschüre sind die Erläuterungen zu den einzelnen Vorschriften des Versorgungsausgleichs aus der Sicht der gesetzlichen Rentenversicherung. Dabei werden neben den zentralen Vorschriften des Versorgungsausgleichsgesetzes die Regelungen im Bürgerlichen Gesetzbuch (einschließlich dessen Einführungsgesetzes) ebenso behandelt wie die für die Auswirkungen des Versorgungsausgleichs in der Rentenversicherung maßgebenden rentenrechtlichen Vorschriften des Sechsten Buches des Sozialgesetzbuchs (SGB VI).

Den Einzelerläuterungen zu den für die gesetzliche Rentenversicherung maßgeblichen Vorschriften ist eine Übersicht über die Grundzüge des Versorgungsausgleichs vorangestellt. Regelungen, die für die gesetzliche Rentenversicherung keine unmittelbaren Auswirkungen haben, sind im Gesetzeswortlaut abgedruckt, um ein Nachschlagen an anderer Stelle weitgehend zu ersparen. Nach den Erläuterungen zum materiellen Recht und einem Überblick über das Verfahrensrecht sind wesentliche Vorschriften zum Verfahrensrecht im Versorgungsausgleich aufgeführt.

## **Zur 14. Auflage dieser Broschüre**

Lagen die Schwerpunkte der älteren Auflagen in der Aufarbeitung und Darstellung der rechtlichen und praktischen Probleme, die sich zum einen aus der Einführung des Versorgungsausgleichs und zum anderen spätestens ab 1992 in zunehmendem Maße aus den weitreichenden Rechtsänderungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung, der Beamtenversorgung sowie der Alterssicherung der Landwirte ergaben, so erhielt die Broschüre aufgrund der Strukturreform des Versorgungsausgleichs zum 1.9.2009 weitgehend ein neues Gesicht.

Das Thema ist zwar nach wie vor der „Versorgungsausgleich in der gesetzlichen Rentenversicherung“, durch das VAstrRefG erhielt die gesetzliche Rentenversicherung jedoch im gesamten System des reformierten Versorgungsausgleichs eine grundlegend andere Rolle, als dies zuvor der Fall gewesen ist. Sie steht in einer Reihe mit vielen verschiedenen Versorgungssystemen, deren rechtlichen und praktischen Hintergrund zu erläutern den Rahmen dieser Broschüre übersteigen würde. Aus diesem Grund konzentrieren sich die Erläuterungen in der aktuellen Auflage weiterhin im Wesentlichen auf die Neuerungen und zentralen Vorschriften

des Versorgungsausgleichsgesetzes sowie des ebenfalls zum 1.9.2009 neu eingeführten Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.12.2008 (FamFG; BGBl. I S. 2585), von denen die gesetzliche Rentenversicherung betroffen ist. Soweit Bezüge bzw. Verweise auf das bis zum 31.8.2009 geltende Recht im Rahmen der Erläuterungen des aktuellen Rechts sinnvoll oder notwendig erschienen, sind diese bei den jeweiligen Einzelerläuterungen vorgenommen worden.

Mit der aktuellen 14. Auflage werden die Erläuterungen zum reformierten Versorgungsausgleich fortgeführt und, soweit dies erforderlich erschien, ergänzt. Einzelne künftige Rechtsentwicklungen, die sich bei der Erstellung der Broschüre bereits abzeichneten, wurden – soweit möglich – berücksichtigt.

Ein zentrales Anliegen der Autorengemeinschaft liegt darin, die komplexe Materie des Versorgungsausgleichs verständlich und praxisnah darzustellen. Nähere Ausführungen zur Rentenberechnung enthält auch die Broschüre der Deutschen Rentenversicherung Bund „Text und Erläuterungen zum SGB VI“; das Rentensplitting wird in der Broschüre der Deutschen Rentenversicherung Bund „Renten an Hinterbliebene & Rentensplitting“ erläutert. Weitere Informationen zum Rentenrecht sind unter [www.deutsche-rentenversicherung.de](http://www.deutsche-rentenversicherung.de) zusätzlich über das Internet abrufbar.

Berlin, im Januar 2020

Edda Bachmann  
Katrin Beckmann  
Carola Stinal  
Joachim Jenner  
Olaf Kraus  
Thomas Richwien  
Mario Scharf  
Marcel Schürer  
Bernd Strotmeyer  
Peter Weiß  
Thomas Wiechmann

# Inhaltsverzeichnis

	§	Seite
Übersicht zum Versorgungsausgleich		1

## **Bürgerliches Gesetzbuch**

### Titel 3. Aufhebung der Ehe

Aufhebung durch richterliche Entscheidung	1313	20
Aufhebungsgründe	1314	22
Ausschluss der Aufhebung	1315	23
Antragsberechtigung	1316	25
Antragsfrist	1317	27
Folgen der Aufhebung	1318	28

### Titel 4. Wiederverheiratung nach Todeserklärung

Aufhebung der bisherigen Ehe	1319	31
Aufhebung der neuen Ehe	1320	31

### Untertitel 2. Vertragliches Güterrecht

#### Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften

Ehevertrag, Vertragsfreiheit	1408	33
------------------------------	------	----

### Titel 7. Scheidung der Ehe

#### Untertitel 1. Scheidungsgründe

Scheidung durch richterliche Entscheidung	1564	39
Scheitern der Ehe	1565	39
Vermutung für das Scheitern	1566	39
Getrenntleben	1567	40
Härteklausel	1568	40

	§	Seite
Untertitel 2. Unterhalt des geschiedenen Ehegatten		
Kapitel 1. Grundsatz		
Grundsatz der Eigenverantwortung	1569	41
Kapitel 2. Unterhaltsberechtigung		
Unterhalt wegen Betreuung eines Kindes	1570	41
Unterhalt wegen Alters	1571	41
Unterhalt wegen Krankheit oder Gebrechen	1572	42
Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit und Aufstockungsunterhalt	1573	42
Angemessene Erwerbstätigkeit	1574	43
Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung	1575	43
Unterhalt aus Billigkeitsgründen	1576	44
Bedürftigkeit	1577	44
Maß des Unterhalts	1578	45
Deckungsvermutung bei schadensbedingten Mehraufwendungen	1578a	45
Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen Unbilligkeit	1578b	46
Beschränkung oder Versagung des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit	1579	46
Auskunftspflicht	1580	47
Kapitel 3. Leistungsfähigkeit und Rangfolge		
Leistungsfähigkeit	1581	47
Rang des geschiedenen Ehegatten bei mehreren Unterhaltsberechtigten	1582	48
Einfluss des Güterstandes	1583	48
Rangverhältnisse mehrerer Unterhaltsverpflichteter	1584	48
Kapitel 4. Gestaltung des Unterhaltsanspruchs		
Art der Unterhaltsgewährung	1585	48
Sicherheitsleistung	1585a	49
Unterhalt für die Vergangenheit	1585b	49
Vereinbarungen über den Unterhalt	1585c	49

	§	Seite
Kapitel 5. Ende des Unterhaltsanspruchs		
Wiederverheiratung, Begründung		
einer Lebenspartnerschaft oder Tod des Berechtigten	1586	50
Wiederaufleben des Unterhaltsanspruchs	1586a	50
Kein Erlöschen bei Tod des Verpflichteten	1586b	51

#### Untertitel 3. Versorgungsausgleich

Verweis auf das Versorgungsausgleichsgesetz	1587	52
---	------	----

### Versorgungsausgleichsgesetz

#### Teil 1. Der Versorgungsausgleich

##### Kapitel 1. Allgemeiner Teil

Halbteilung der Anrechte	1	58
Ausgleichende Anrechte	2	65
Ehezeit, Ausschluss bei kurzer Ehezeit	3	117
Auskunftsansprüche	4	131
Bestimmung von Ehezeitanteil und Ausgleichswert	5	144

##### Kapitel 2. Ausgleich

###### Abschnitt 1. Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich

Regelungsbefugnisse der Ehegatten	6	169
Besondere formelle Wirksamkeitsvoraussetzungen	7	186
Besondere materielle Wirksamkeitsvoraussetzungen	8	192

###### Abschnitt 2. Wertausgleich bei der Scheidung

###### Unterabschnitt 1. Grundsätze des Wertausgleichs bei der Scheidung

Rangfolge der Ausgleichsformen, Ausnahmen	9	215
---	---	-----

###### Unterabschnitt 2. Interne Teilung

Interne Teilung	10	222
Anforderungen an die interne Teilung	11	252

	§	Seite
Rechtsfolge der internen Teilung von Betriebsrenten	12	281
Teilungskosten des Versorgungsträgers	13	281

#### Unterabschnitt 3. Externe Teilung

Externe Teilung	14	284
Wahlrecht hinsichtlich der Zielversorgung	15	305
Externe Teilung von Anrechten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis	16	312
Besondere Fälle der externen Teilung von Betriebsrenten	17	324

#### Unterabschnitt 4. Ausnahmen

Geringfügigkeit	18	325
Fehlende Ausgleichsreife	19	334

### Abschnitt 3. Ausgleichsansprüche nach der Scheidung

#### Unterabschnitt 1. Schuldrechtliche Ausgleichszahlungen

Anspruch auf schuldrechtliche Ausgleichsrente	20	345
Abtretung von Versorgungsansprüchen	21	358
Anspruch auf Ausgleich von Kapitalzahlungen	22	359

#### Unterabschnitt 2. Abfindung

Anspruch auf Abfindung, Zumutbarkeit	23	359
Höhe der Abfindung, Zweckbindung	24	359

#### Unterabschnitt 3. Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung

Anspruch gegen den Versorgungsträger	25	360
Anspruch gegen die Witwe oder den Witwer	26	360

#### Abschnitt 4. Härtefälle

Beschränkung oder Wegfall des Versorgungsausgleichs	27	361
---	----	-----

	§	Seite
Kapitel 3. Ergänzende Vorschriften		
Ausgleich eines Anrechts der Privatvorsorge wegen Invalidität	28	369
Leistungsverbot bis zum Abschluss des Verfahrens	29	370
Schutz des Versorgungsträgers	30	375
Tod eines Ehegatten	31	391

Kapitel 4. Anpassung nach Rechtskraft		
Anpassungsfähige Anrechte	32	399
Anpassung wegen Unterhalt	33	405
Durchführung einer Anpassung wegen Unterhalt	34	433
Anpassung wegen Invalidität der ausgleichspflichtigen Person oder einer für sie geltenden besonderen Altersgrenze	35	452
Durchführung einer Anpassung wegen Invalidität der ausgleichspflichtigen Person oder einer für sie geltenden besonderen Altersgrenze	36	468
Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person	37	477
Durchführung einer Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person	38	499

Teil 2. Wertermittlung		
Kapitel 1. Allgemeine Wertermittlungsvorschriften		
Unmittelbare Bewertung einer Anwartschaft	39	508
Zeiträtierliche Bewertung einer Anwartschaft	40	556
Bewertung einer laufenden Versorgung	41	563
Bewertung nach Billigkeit	42	575
Sondervorschriften für Anrechte aus der gesetzlichen Rentenversicherung	43	578
Sondervorschriften für Anrechte aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis	44	583
Sondervorschriften für Anrechte nach dem Betriebsrentengesetz	45	599

	§	Seite
Sondervorschriften für Anrechte aus Privatversicherungen	46	599

### Kapitel 3. Korrespondierender Kapitalwert als Hilfsgröße

Berechnung des korrespondierenden Kapitalwerts	47	600
Allgemeine Übergangsvorschrift	48	610
Übergangsvorschrift für Auswirkungen des Versorgungsausgleichs in besonderen Fällen	49	615
Wiederaufnahme von ausgesetzten Verfahren nach dem Versorgungsausgleichs-Überleitungsgesetz	50	620
Zulässigkeit einer Abänderung des öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleichs	51	625
Durchführung einer Abänderung des öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleichs	52	650
Bewertung eines Teilausgleichs bei Ausgleichsansprüchen nach der Scheidung	53	663
Weiter anwendbare Übergangsvorschriften des Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe und Familienrechts und des Gesetzes über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Versorgungsausgleichs für Sachverhalte vor dem 1. Juli 1977	54	666

### Gesetz über die Versorgungsausgleichskasse

Aufgabe	1	670
Rechtsform, anzuwendendes Recht	2	670
Besondere Bestimmungen	3	670
Leistungsumfang	4	671
Beschränkung des Anrechts	5	671
Bilanzierung von Rückdeckungsversicherungen	6	672

### Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft

Form und Voraussetzungen	1	674
Güterstand	6	674

	§	Seite
Lebenspartnerschaftsvertrag	7	674
Aufhebung der Lebenspartnerschaft	15	674
Versorgungsausgleich	20	675
Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe	20a	680
Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts	21	683

### **Sechstes Buch Sozialgesetzbuch**

Nachversicherung, Versorgungsausgleich und Rentensplitting	8	686
Wartezeiterfüllung durch Versorgungsausgleich, Rentensplitting und Zuschläge an Entgeltpunkten für Arbeitsentgelt aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung	52	688
Persönliche Entgeltpunkte	66	697
Zuschläge oder Abschläge beim Versorgungsausgleich	76	703
Zuschläge an Entgeltpunkten aus Zahlung von Beiträgen bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Rente wegen Alters oder bei Abfindungen einer Anwartschaft auf betriebliche Altersversorgung oder von Anrechten bei der Versorgungsausgleichskasse	76a	719
Reihenfolge bei der Anwendung von Berechnungsvorschriften	98	723
Änderung und Ende	100	724
Beginn und Änderung in Sonderfällen	101	728
Renteninformation und Rentenauskunft	109	746
Höhe der Rente	113	754
Besonderheiten	114	758

#### Vierter Unterabschnitt. Besonderheiten beim Versorgungsausgleich

Interne Teilung und Verrechnung von Anrechten	120f	763
Externe Teilung	120g	766
Abzuschmelzende Anrechte	120h	769
Berechnung von Durchschnittswerten und Rententeilen	124	773

	§	Seite
Zuständigkeit für Versicherte und Hinterbliebene	127	774
Örtliche Zuständigkeit der Regionalträger	128	780
Besonderheit bei der Durchführung der Versicherung und bei den Leistungen	137	786
Erhöhung und Minderung der Beiträge beim Versorgungsausgleich	183	788
Zahlung der Beiträge und Wirkung der Beitragszahlung	185	796
Zahlung von Beiträgen und Ermittlung von Entgeltpunkten aus Beiträgen beim Versorgungsausgleich	187	803
Zahlung von Beiträgen bei Abfindungen von Anwartschaften auf betriebliche Altersversorgung oder von Anrechten bei der Versorgungsausgleichskasse	187b	836
Beitragserstattung	210	839
Erstattung durch den Träger der Versorgungslast	225	849
Verordnungsermächtigung	226	876
Zuschläge oder Abschläge beim Versorgungsausgleich	264	885
Zuschläge oder Abschläge beim Versorgungsausgleich im Beitrittsgebiet	264a	887
Änderung von Renten beim Versorgungsausgleich	268a	895
Besonderheiten	272	909
Zahlung von Beiträgen im Rahmen des Versorgungsausgleichs im Beitrittsgebiet	281a	911
Erstattung durch den Träger der Versorgungslast	290	932
Neufeststellung	317a	935

### **Bundesversorgungsteilungsgesetz**

Zweckbestimmung	1	940
Anspruch	2	941
Anpassung	3	942
Rückforderung	4	942
Erstattung	5	943

### **Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch**

Allgemeine Ehwirkungen	Art. 14	952
------------------------	---------	-----

	§	Seite
Sonderregelungen zur Scheidung	Art. 17	955
Eingetragene Lebenspartnerschaft	Art. 17b	961
Übergangsvorschrift zum Gesetz vom 25. Juli 1986 zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts	Art. 220	969
Überleitungsvorschrift zum Gesetz vom 4. Mai 1998 zur Neuordnung des Eheschließungsrecht	Art. 226	971
Weitere Überleitungsvorschriften		
Übergangsvorschriften zum Gesetz zur Anpassung der Vorschriften des Internationalen Privatrechts an die Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 u. a.	Art. 229, 28	971
Viertes Buch. Familienrecht	Art. 234	972
Grundsatz	1	972
Versorgungsausgleich	6	972
Übersicht zum Verfahrensrecht		976

### **Gerichtsverfassungsgesetz**

Sachliche Zuständigkeit der Amtsgerichte	23a	990
Bildung von Familiengerichten, Familiensachen	23b	990
Zusammenfassung von Familiensachen	23d	990
Zuständigkeit in Zivilsachen in 2. Instanz	72	991
Zuständigkeit in Zivilsachen (OLG)	119	991
Zuständigkeit in Zivilsachen (BGH)	133	992
Aufgaben eines Urkundsbeamten	153	992

### **Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit**

Buch 1. Allgemeiner Teil		
Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften		
Anwendungsbereich	1	994

	§	Seite
Örtliche Zuständigkeit	2	994
Beteiligte	7	994
Bekanntgabe; formlose Mitteilung	15	995

### Abschnitt 2. Verfahren im ersten Rechtszug

Verfahrenseinleitender Antrag	23	995
Ermittlung von Amts wegen	26	996
Mitwirkung der Beteiligten	27	996
Termin	32	996
Zwangsmittel	35	997

### Abschnitt 3. Beschluss

Entscheidung durch Beschluss	38	1000
Rechtsbehelfsbelehrung	39	1001
Wirksamwerden	40	1001
Bekanntgabe des Beschlusses	41	1002
Berichtigung des Beschlusses	42	1002
Formelle Rechtskraft	45	1002
Rechtskraftzeugnis	46	1003
Abänderung und Wiederaufnahme	48	1003

### Abschnitt 5. Rechtsmittel

#### Unterabschnitt 1. Beschwerde

Statthaftigkeit der Beschwerde	58	1004
Beschwerdeberechtigte	59	1004
Beschwerdewert; Zulassungsbeschwerde	61	1004
Beschwerdefrist	63	1005
Einlegung der Beschwerde	64	1005
Beschwerdebegründung	65	1006
Anschlussbeschwerde	66	1006
Verzicht auf die Beschwerde; Rücknahme der Beschwerde	67	1006
Gang des Beschwerdeverfahrens	68	1007
Beschwerdeentscheidung	69	1007

	§	Seite
Unterabschnitt 2. Rechtsbeschwerde		
Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde	70	1008
Frist und Form der Rechtsbeschwerde	71	1009
Gründe der Rechtsbeschwerde	72	1010
Anschlussrechtsbeschwerde	73	1010
Entscheidung über die Rechtsbeschwerde	74	1011
Zurückweisungsbeschluss	74a	1012
Sprungrechtsbeschwerde	75	1012
Abschnitt 7. Kosten		
Umfang der Kostenpflicht	80	1013
Grundsatz der Kostenpflicht	81	1013
Zeitpunkt der Kostenentscheidung	82	1014
Kostenpflicht bei Vergleich, Erledigung und Rücknahme	83	1014
Rechtsmittelkosten	84	1014
Kostenfestsetzung	85	1014
Abschnitt 8. Vollstreckung		
Unterabschnitt 3. Vollstreckung nach der Zivilprozessordnung		
Anwendung der Zivilprozessordnung	95	1015
Abschnitt 9. Verfahren mit Auslandsbezug		
Unterabschnitt 2. Internationale Zuständigkeit		
Ehesachen; Verbund von Scheidungs- und Folgesachen	98	1016
Versorgungsausgleichssachen	102	1018
Lebenspartnerschaftssachen	103	1019
Keine ausschließliche Zuständigkeit	106	1021
Unterabschnitt 3. Anerkennung und Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen		
Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen	107	1022
Anerkennung anderer ausländischer Entscheidungen	108	1023
Anerkennungshindernisse	109	1024

	§	Seite
Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen	110	1025
Buch 2. Verfahren in Familiensachen		
Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften		
Familiensachen	111	1026
Anwendung von Vorschriften der Zivilprozessordnung	113	1026
Vertretung durch einen Rechtsanwalt; Vollmacht	114	1027
Entscheidung durch Beschluss; Wirksamkeit	116	1030
Abschnitt 2. Verfahren in Ehesachen; Verfahren in Scheidungssachen und Folgesachen		
Unterabschnitt 1. Verfahren in Ehesachen		
Ehesachen	121	1031
Örtliche Zuständigkeit	122	1031
Antrag	124	1032
Tod eines Ehegatten	131	1032
Unterabschnitt 2. Verfahren in Scheidungssachen und Folgesachen		
Verbund von Scheidungs- und Folgesachen	137	1032
Einbeziehung weiterer Beteiligter und dritter Personen	139	1033
Abtrennung	140	1034
Rücknahme des Scheidungsantrags	141	1035
Einheitliche Endentscheidung;		
Abweisung des Scheidungsantrags	142	1035
Verzicht auf Anschlussrechtsmittel	144	1036
Befristung von Rechtsmittelerweiterung und Anschlussrechtsmittel	145	1036
Wirksamwerden von Entscheidungen in Folgesachen	148	1036
Abschnitt 8. Verfahren in Versorgungsausgleichssachen		
Versorgungsausgleichssachen	217	1037
Örtliche Zuständigkeit	218	1037
Beteiligte	219	1037
Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht	220	1038
Erörterung, Aussetzung	221	1038
Durchführung der externen Teilung	222	1039

	§	Seite
Antragserfordernis für Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	223	1046
Entscheidung über den Versorgungsausgleich	224	1046
Zulässigkeit einer Abänderung des Wertausgleichs bei der Scheidung	225	1051
Durchführung einer Abänderung des Wertausgleichs bei der Scheidung	226	1064
Sonstige Abänderungen	227	1072
Zulässigkeit der Beschwerde	228	1073
Elektronischer Rechtsverkehr zwischen den Familiengerichten und den Versorgungsträgern	229	1074
Lebenspartnerschaftssachen	269	1075
Anwendbare Vorschriften	270	1076
Übergangsvorschrift	Art. 111	1076
Inkrafttreten, Außerkrafttreten	Art. 112	1077

### **Zivilprozessordnung**

Elektronisches Dokument	130a	1080
Gerichtliches Elektronisches Dokument	130b	1081
Zustellung gegen Empfangsbekanntnis	174	1081
Fristberechnung	222	1082
Aktenausdruck	298	1083
Urteilszustellung und -ausfertigung	317	1083
Zurücknahme der Berufung	516	1084
Berufungsbegründung	520	1084
Anhang: Muster einer Auskunft über Rentenanwartschaften an das Familiengericht		1087
Synopse		1101
Abkürzungsverzeichnis		1117
Stichwortverzeichnis		1127
		XXI